



**Sitzungsvorlage**  
**110/440/2015**

Amt/Abteilung: Personal- und Organisationsabteilung Datum: 19.11.2015	Aktenzeichen: 10.42.01		
An:	Datum der Beratung	Zuständigkeit	Abstimmungsergeb.
Stadtvorstand	23.11.2015	Vorberatung N	
Hauptausschuss	01.12.2015	Vorberatung N	
Stadtrat	15.12.2015	Entscheidung Ö	

**Betreff:**

Schaffung von weiteren zusätzlichen Stellen beim Jugendamt im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingssituation

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat stimmt zu, dass die Verwaltung beim Jugendamt insgesamt eine weitere Stelle bereits vor Verabschiedung und Genehmigung des Stellenplans 2016 zeitnah besetzen kann. Es wird eine Befristung zunächst bis zum 31.12.2017 vorgenommen.

**Begründung:**

Bereits in seiner Sitzung am 17. November 2015 hat der Stadtrat der Einrichtung und Besetzung von insgesamt 6,89 Vollzeitstellen in verschiedenen Bereichen der Verwaltung zugestimmt. Damit sollte unabhängig vom üblichen Stellenplanverfahren auf die aktuelle Flüchtlingssituation reagiert werden. Darunter befanden sich auch Bedarfe des Jugendamts (insgesamt eine Stelle) für die Erledigung von Aufgaben, die sich aus der Zuweisung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge ergeben.

Am Mittwoch, 18. November 2015, hat die Verwaltung jedoch neue Erkenntnisse aus einer aktuellen Information des zuständigen Ministeriums erhalten.

Ursprünglich war die Stadt Landau davon ausgegangen, dass die zahlenmäßige Entwicklung sich wie folgt darstellen wird:

Stand Ende September 2015 waren dem Jugendamt 8 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zugewiesen.

Diese Zahl sollte sich bis Jahresende voraussichtlich verdoppeln.

Für das Jahr 2016 wurde eine Anzahl von insgesamt mindestens 33 Personen prognostiziert, die dem Jugendamt Landau dann zugewiesen sein würden.

Für die Betreuung dieser Flüchtlinge durch den Sozialen Dienst wurde daher eine halbe Stelle der Entgeltgruppe S 14 beantragt.

Für die Aufgaben, die in den Bereichen Vormundschaften und Wirtschaftliche Jugendhilfe in diesem Zusammenhang anfallen, wurden zwei Viertelstellen in A 10 beantragt.

Nach den neuesten Erkenntnissen rechnet das Jugendamt jedoch bis Jahresende mit einer Zuweisung von insgesamt 17 Kindern und Jugendlichen. Bereits bis Ende Januar wird diese Zahl voraussichtlich um 30 ansteigen.

Hintergrund ist einerseits die massive Zuwanderung und andererseits die Tatsache, dass das Land Rheinland-Pfalz bisher bei weitem noch nicht die Anzahl an unbegleiteten Jugendlichen

aufgenommen hat, die nach dem Königsteiner Schlüssel hier zu betreuen wären. Somit werden auch die Zuweisungen an die Kommunen und daher auch an die Stadt Landau noch weiter steigen, als dies bisher prognostiziert wurde.

Als Folge dieser Entwicklung hat das Jugendamt beantragt, die oben genannte zusätzliche halbe Stelle in den Sozialen Diensten auf eine Ganztagsstelle zu erhöhen.

Ebenso sollen die zwei Viertelstellen in den Bereichen Vormundschaften sowie Wirtschaftliche Jugendhilfe auf zwei Halbtagsstellen aufgestockt werden.

In allen Fällen werden die Stellen zunächst bis 31.12.2017 befristet.

Betrachtet man das Gesamtableau an zusätzlich benötigten Stellen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik, ergibt sich somit statt der bisherigen 6,89 Stellen nun ein Mehrbedarf in Höhe von 7,89.

**Auswirkung:**

Produktkonto: Personalkosten (5021, 5022, 5032, 5042)

Haushaltsjahr: 2016 und 2017

Betrag: 49.900 € jährlich

**Beteiligtes Amt/Ämter:**

Hauptamt

Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung

Jugendamt

BGM

Schlusszeichnung:

